

TAZ 25.03.2015

## Hendricks verteidigt Fracking-Pläne

BERLIN *afp/taz* | Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) hat den Gesetzentwurf zu Fracking verteidigt. "Wir brauchen eine sichere Regelung, die Grundwasser schützt, die die Gesundheit der Menschen schützt und so weit als irgendetmöglich das Fracking einschränkt", sagte Hendricks am Dienstag im ARD-"Morgenmagazin".

Die Regierung könne Fracking nicht ganz verbieten, sondern müsse den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit einhalten und die im Grundgesetz verankerte Forschungs- und Gewerbefreiheit berücksichtigen. "Wenn wir jede abstrakte Gefährdung grundsätzlich vollständig verbieten würden, würden wir nicht vor dem Bundesverfassungsgericht durchkommen", sagte Hendricks. Sie selbst wolle das Fracking "so weitgehend einschränken, dass keinerlei Gefahr für Menschen und Umwelt daraus hervorgeht".

Das Bundesumweltministerium wollte das Gesetzespaket eigentlich am Mittwoch ins Kabinett einbringen. Nach Kritik aus der CDU ist die Abstimmung auf kommende Woche verschoben worden. Der Gesetzentwurf sieht vor, Fracking von Gas aus unkonventionellen Quellen in einer Tiefe von unter 3.000 Metern zu verbieten.